



Muhterem Aras
Mitglied des Landtags von
Baden-Württemberg

Büro Muhterem Aras MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

GEW Kreis Stuttgart

z.H. Frau Annemarie Raab

Burenstraße 24

70435 Stuttgart

Fragen an die KandidatInnen der Landtagswahl in Stuttgart – Antworten von Muhterem Aras MdL, Wahlkreis Stuttgart I

Sehr geehrter Frau Raab,

liebe Annemarie,

vielen Dank für Ihren Brief vom 16. Januar 2016 mit den Fragen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kreis Stuttgart an die KandidatInnen der Landtagswahl in Stuttgart.

Gerne sende ich Ihnen nachfolgend meine Antworten. Wenn Sie noch Fragen haben, stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Muhterem Aras

Muhterem Aras

Fragen an die KandidatInnen der Landtagswahl in Stuttgart

- 1. Nach dem Ausbau an Kindertagesplätzen ist es nun Zeit, sich an eine Verbesserung der Strukturqualität zu machen. Wie sind Ihre Vorstellungen die strukturelle Qualität in den Einrichtungen zu sichern und zu verbessern? Inwiefern unterstützen Sie die Forderung nach einem Bundeskindertagesqualitätsgesetz?**

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung ist ein wichtiger Erfolg der grün-geführten Landesregierung und ein wesentlicher Beitrag zu einem leistungsfähigen und gerechten Bildungssystem. Die grün-geführte Landesregierung hat die Mittel für die frühkindliche Bildung fast verzehnfacht, von 83 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 795 Millionen Euro im Jahr 2016. Die Grundlage dafür war der Pakt des Landes mit den Kommunen für Familien. Baden-Württemberg hat damit in kurzer Zeit einen großen Sprung nach vorn gemacht.

Nach dem Ausbau der Kleinkindbetreuung durch die Erhöhung der Zuschüsse an die Kommunen gilt es nun, gemeinsam mit diesen die Qualität in der frühkindlichen Bildung weiter zu verbessern. Wir werden die Bundesmittel aus dem ehemaligen Betreuungsgeld eins zu eins der frühkindlichen Bildung zugutekommen lassen.

Ein Instrument, mit dem an allen Orten für Kinder in Baden-Württemberg Qualität gewährleistet werden kann, ist der Orientierungsplan. Teile davon sind bereits verbindlich vereinbart. Um eine weitere Qualitätsverbesserung zu erreichen, wollen wir, dass die Qualitätskriterien des Orientierungsplans Schritt für Schritt umgesetzt und die erforderlichen Ressourcen für die Umsetzung definiert werden. Dazu gehört, entsprechend dem Kinderschutzgesetz, eine gute interne und externe Evaluation und Wertschätzung professioneller Arbeit. Hierüber wollen wir uns im Dialog mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Fachkräften in der Kindertagesbetreuung, den vielen verschiedenen Trägern sowie den Eltern verständigen. Unser Ziel ist, dass es überall in Baden-Württemberg qualitativ hochwertige Spiel- und Lernorte für Kinder gibt, egal ob in der Stadt oder auf dem Land. Dazu gehören für uns besonders mehr Raum für freie Bewegung und Begegnung mit und in der Natur.

Wir Grüne wollen zudem Anreize schaffen, damit die Kindertageseinrichtungen sich zu Kinder- und Familienzentren weiterentwickeln, da diese passgenaue unterstützende und bildungsförderliche Angebote für Kinder und ihre Familien bereithalten, vermitteln oder bündeln. Mit einer Million Euro im Haushalt 2015/16 haben wir hierfür einen ersten Schritt getan. In der nächsten Legislaturperiode wollen wir diesen Prozess fortsetzen und ausbauen.

Wir halten ein Kita-Qualitätsgesetz mit bundeseinheitlichen Kriterien für die Betreuung in Kindertagesstätten für wünschenswert. Allerdings sehen wir dieses Ansinnen angesichts der divergierenden Interessen der Bundesländer und der ablehnenden Haltung der Bundesregierung nicht für realisierbar.

- 2. Der Ausbau von Ganztagsschulen in offener und gebundener Form ist auch in Zukunft ein Ziel der Bildungspolitik. Unterstützen Sie es, dass Ganztagsschulen eine entsprechende Ausstattung räumlicher und personeller Art erhalten? Setzen Sie sich dafür ein, dass an Ganztagsschulen aus Landesmitteln finanzierte, sozialpädagogisch ausgebildete Beschäftigte eingestellt werden? Setzen Sie sich für Anträge und Genehmigungen von Gymnasien und Realschulen auf eine Ganztageschule in gebundener Form ein?**

Die gesetzliche Verankerung der Ganztagschule im Schulgesetz war für uns Grüne ein wichtiger bildungspolitischer Meilenstein. Den Schulen stehen dabei unterschiedliche Modelle zur Auswahl, um auf die Bedürfnisse vor Ort flexibel reagieren zu können. Mittlerweile haben sich viele Schulen im Land zu Ganztagschulen nach dem neuen Konzept weiterentwickelt. Wir stellen die dafür notwendigen Lehrerstellen zur Verfügung und werden auch für den weiteren Ausbau die erforderlichen Stellen schaffen. Wir Grüne unterstützen einen weiteren Ausbau der Ganztagschulen ausdrücklich, denn Ganztagschulen sind nicht nur wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern leisten auch einen wichtigen

Beitrag zu Chancen- und Bildungsgerechtigkeit. Wir werden dafür sorgen, dass die Rahmenbedingungen für die Ganztagsgrundschulen evaluiert und weiter verbessert werden. Wir Grüne möchten auch für die weiterführenden Schulen eine gesetzliche Grundlage für Ganztagesangebote auf den Weg bringen.

- 3. Die Unterzeichnerstaaten der UN-Konvention Artikel 24 anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderung auf Chancengleichheit und gewährleisten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen. Dies wurde in Baden-Württemberg am 1. August 2015 in das Schulgesetz aufgenommen. Es besteht ein akuter Mangel an ausgebildeten Sonderschullehrkräften. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, dass zeitnah Sonderschullehrkräfte im Tandem an allen allgemein bildenden Schulen eingesetzt werden?**

Wir haben das Recht auf inklusive Beschulung, wie es die UN-Behindertenrechtskonvention vorsieht, im Schulgesetz verankert. Jetzt geht es um eine gelungene Umsetzung. Dafür braucht es gute Rahmenbedingungen und Unterstützung für Lehrerinnen und Lehrer. Für die Umsetzung der schulischen Inklusion sind bis zum Schuljahr 2022 insgesamt 1350 neue Lehrerstellen vorgesehen. Die Expertise von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen ist dabei von zentraler Bedeutung. Deshalb streben wir das Zwei-Pädagogen-Prinzip in gruppenbezogenen inklusiven Bildungsangeboten an. Für uns Grüne steht die Qualität klar im Vordergrund. Das heißt, es reicht nicht aus, ausschließlich mehr Geld in die Hand zu nehmen, sondern wir brauchen ein nachhaltiges, pädagogisches Konzept. Wir müssen die Lehrerinnen und Lehrer auf das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung gezielt vorbereiten. Deswegen bauen wir die Fortbildungsangebote zum Thema Inklusion deutlich aus und werden zudem künftig Module zu Grundfragen der Inklusion in allen Lehramtsstudiengängen verankern.

- 4. Die GEWerkenschaft Erziehung und Wissenschaft setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass in Baden-Württemberg eine Schule für alle realisiert wird. Mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen ist der erste Schritt gemacht worden. Unterstützen Sie diese bildungspolitische Weiterentwicklung?**

Mit der Gemeinschaftsschule haben wir seit dem Schuljahr 2012/13 in Baden-Württemberg eine lange gewünschte Schulform eingeführt, die leistungsstark und zugleich sozial gerecht ist. Wir Grüne setzen uns weiterhin dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler überall in Baden-Württemberg die Option erhalten, diese Schule für alle zu besuchen. Wir werden daher die Gemeinschaftsschulen auch in Zukunft bei der Qualität und der Weiterentwicklung ihrer Arbeit unterstützen. Schülerinnen und Schüler sollen künftig auch an der Gemeinschaftsschule das Abitur erwerben können. Wir Grüne werden uns dafür einsetzen, dass die Gemeinschaftsschule oder auch ein Verbund aus mehreren Gemeinschaftsschulen mit einer ausreichenden Schülerzahl eine eigene Oberstufe einrichten und damit alle Abschlüsse unter einem Dach anbieten können. Die Gemeinschaftsschule eröffnet so neben dem Weg in eine berufliche Ausbildung auch einen neunjährigen Weg zum Abitur. Damit kann die Gemeinschaftsschule den Eltern ein pädagogisch attraktives Angebot machen, die für ihre Kinder eine Alternative zum G8-Gymnasium suchen.

- 5. Wie ist inklusive Bildung bei einem Klassenteiler von momentan 28 SchülerInnen an den Grund- und Gemeinschaftsschulen und 30 SchülerInnen an den weiterführenden Schulen mit dem Ziel des individuellen Lernens und Förderns einlösbar?**

Wir Grüne sind uns darüber im Klaren, dass inklusive Bildung und individuelles Lernen mehr Ressourcen bedürfen. Daher werden wir zur Umsetzung der schulischen Inklusion bis 2020 1350 Sonderpädagogen und Sonderpädagoginnen zusätzlich einsetzen, um den Grundsatz eines Zwei-Pädagogen-Prinzip im Rahmen gruppenbezogener Unterrichtsformen überhaupt einlösen zu können. Auch für die Realisierung der individuellen Förderung stellen wir den Schulen zusätzliche Poolstunden. So haben die Grundschulen bspw. 180 zusätzliche

Deputate erhalten, damit auch sie eine individuelle Förderung anbieten können. Insbesondere Kinder mit Sprachförderbedarf, Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben oder in Mathematik sollen hierbei gezielt gefördert und unterstützt werden.

Mit der Bildungsplanreform schaffen wir zudem eine Grundlage für eine systematische individuelle Förderung und den besseren Umgang mit der Heterogenität an unseren Schulen. Gleichwohl gilt es, unsere Lehrerinnen und Lehrer auf diese Herausforderungen vorzubereiten und ihnen das entsprechende Methodenrepertoire bereitzustellen. Wir werden hierfür die bestehenden Fortbildungsangebote ausweiten. Um mehr individuelle Förderung in den Unterricht zu bringen, setzen wir Grüne uns weiter für mehr Fortbildungen und Poolstunden ein.

- 6. Schulsozialarbeit ist vielerorts Bestandteil der schulischen Bildung. An zahlreichen allgemein bildenden Schulen wurde diese durch die Finanzierung des Landes fester Bestandteil der schulischen Arbeit. Wir halten eine fest verankerte Finanzierung der Schulsozialarbeit an den Berufsschulen für notwendig. Unterstützen Sie diese Forderung?**

Wir Grüne sind der Auffassung, dass starke berufliche Schulen ein starkes Unterstützungssystem brauchen. Wir haben daher die Landesförderung für die Schulsozialarbeit wiederaufgenommen, womit die Schulsozialarbeit auch an den beruflichen Schulen kräftig ausgebaut werden konnte. Darüber hinaus haben wir die Zahl der Schulpsychologenstellen erhöht und die Haushaltsmittel für Prävention aufgestockt, um das System der Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer an allen Schulen weiter auszubauen.

- 7. An beruflichen Gymnasien werden zahlreiche Jugendliche trotz gefordertem und erbrachtem Leistungsnachweis abgewiesen, weil nicht ausreichend Schulplätze vorhanden sind. Dieses Problem wird sich noch verschärfen, wenn die Vorgaben für eine Oberstufe an Gemeinschaftsschulen weiterhin bestehen bleibt. Welche konkreten Maßnahmen können Sie sich zur Behebung dieses Mangels vorstellen?**

Ein in der Fläche gut ausgebautes Angebot von Beruflichen Gymnasien ist eine wesentliche Voraussetzung für mehr Chancen- und Bildungsgerechtigkeit in Baden-Württemberg. Damit mehr Schülerinnen und Schüler an den Beruflichen Gymnasien unterrichtet werden können, haben wir in den vergangenen Jahren 150 weitere Eingangsklassen geschaffen und die Angebotspalette um attraktive und zukunftssträchtige Profile erweitert. Das war überfällig, denn insbesondere im Schnittfeld zwischen schulischer und beruflicher Bildung gewinnen die Beruflichen Gymnasien zunehmend an Bedeutung. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an Beruflichen Gymnasien ist unter Grün-Rot um 8.800 und damit um fast 17 Prozent gestiegen. Damit haben wir unser gesetztes Ziel, allen zugangsberechtigten Bewerberinnen und Bewerbern einen Platz an einem beruflichen Gymnasium zu ermöglichen, schon fast vollständig erreicht. In der neuen Legislaturperiode werden wir uns zudem dafür stark machen, dass es an den beruflichen Vollzeitschulen zusätzliche Angebote für individuelle Förderung sowie verstärkt Ganztagsangebote und die dafür notwendige Infrastruktur ermöglicht gibt.

- 8. Das Land stellt 3 Millionen Euro für Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der Gesundheit von Lehrkräften zur Verfügung. Die landesweite Erhebung „Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz von Lehrkräften“ hat u.a. eine starke Beanspruchung und Belastung der Stimme ergeben. Dies hängt eng mit der Akustik in den Schulräumen zusammen und im Sinne einer Gesundheitsprävention sind schallabsorbierende Maßnahmen in Schulräumen vorzunehmen. Werden Sie sich für die Einhaltung der Schulbaurichtlinien entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen einsetzen und diese Umsetzung auch kontrollieren?**

Wir Grüne schätzen die erfolgreiche pädagogische Arbeit der Lehrkräfte, ihren persönlichen Einsatz und ihr Engagement für Schülerinnen und Schüler. Wir wissen auch, welche Belastungen der Lehrberuf mit sich bringt. Obgleich der Bau und die Sanierung von Schulen in den Verantwortungsbereich der Kommunen fallen, haben wir die Schulbaurichtlinie überarbeitet und diese an neue pädagogische Konzepte sowie an die sich wandelnden Anforderungen an ein modernes Schulgebäude angepasst. Im Sinne einer Gesundheitsprävention unterstützen wir schallabsorbierende Maßnahmen in Schulräumen. Wir werden uns zukünftig dafür einsetzen, dass diese in der Schulbaurichtlinie eine stärkere Berücksichtigung finden.

9. Das Gymnasium ist in Baden-Württemberg eine der zwei Säulen im Schulsystem. Für die Weiterentwicklung des Gymnasiums wurde das Gymnasium 2020 entwickelt. Welche Veränderungen halten Sie für das Gymnasium für unabdingbar?

Das Gymnasium hat sich als leistungsstarke Schule bewährt und ist eine tragende Säule der Schullandschaft in Baden-Württemberg. Wir stehen zu unseren Gymnasien, weil sie für Schülerinnen und Schüler einen passenden Weg zum Abitur bieten. Das anspruchsvolle Gymnasium zeichnet sich durch ein pädagogisches Konzept aus, zu dem das forschende Lernen und die starke Betonung der Allgemeinbildung auf dem Weg zur allgemeinen Hochschulreife gehören. Wir sind jedoch gleichzeitig der Auffassung, dass die begonnene Diskussion über die zukünftige Entwicklung des Gymnasiums notwendig ist. Wir werden sie unter Einbeziehung aller Akteur*innen weiterführen.

Wir haben bereits in dieser Legislaturperiode Schritte eingeleitet, um die Qualitätsverbesserung am Gymnasium zu verbessern. So werden Schülerinnen und Schüler mit einer verbesserten Einführungsphase in die Oberstufe gezielter und individueller auf die Anforderungen des Abiturs vorbereitet. Das neue Konzept sieht vor, dass Schülerinnen und Schüler in Klasse 10 zusätzliche Vertiefungsstunden in ihren Pflichtabiturfächern (Deutsch, Mathematik, Fremdsprachen) erhalten, um besser vorbereitet in die Abiturphase starten zu können. Hierfür stellt die grün-geführte Landesregierung den Gymnasien zusätzlich 111 Deputate zur Verfügung.

10. Die Übergangszahlen an die Werkrealschule und Hauptschulen sind in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Bis zum kommenden Schuljahr werden jedoch weiterhin Grund- und Hauptschullehrkräfte ausgebildet und eingestellt. Haupt- / Werkrealschullehrkräfte brauchen eine berufliche Perspektive und eine Anpassung der Besoldung für die weiteren Schularten. Für welche Veränderungen werden Sie sich einsetzen?

Die grün-rote Landesregierung hat die Besoldung der neu ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer im Lehramt Werkreal-, Haupt- und Realschule reformiert. Demnach werden künftig alle Lehrerinnen und Lehrer, die ihr Studium auf Basis des im Jahr 2011 neu gestalteten Lehramtes absolviert haben und ab dem 01.01.2016 in den Vorbereitungsdienst eintreten, einheitlich in der Besoldungsgruppe A13 besoldet. Die Landesregierung hat damit ein weiteres Versäumnis der CDU-geführten ehemaligen Regierung bereinigt. Wir wollen zudem allen Lehrerinnen und Lehrern der Haupt- und Werkrealschulen eine neue Perspektive geben. Wir brauchen sie an den Real- und Gemeinschaftsschulen und wollen daher Möglichkeiten für einen Laufbahnwechsel schaffen. Das Konzept hierfür will das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Anfang 2016 vorstellen.

11. Lehrkräfte die ihren Dienst in Baden-Württemberg aufnehmen, haben eine Absenkung ihrer Besoldung von 4% bis zu der Besoldungsgruppe A11 und 8% ab der Besoldungsgruppe A12 für die ersten 3 Berufsjahre. Unterstützen Sie unsere Forderung der sofortigen Abschaffung dieser Absenkung?

Die Herkulesaufgabe der Sanierung des Landeshaushalts ist nicht zu bewältigen, ohne dass es jemand merkt. Bereits die CDU-geführte Vorgängerregierung hatte eine Absenkung vorgenommen. Mit der Absenkung reduziert sich die Besoldung für drei Jahre, dann steigt sie im Schnitt 40 Jahre analog zur wirtschaftlichen Entwicklung. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern gab es bei der Übertragung der Tarifergebnisse weder eine Deckelung noch eine Nullrunde. Wir rücken nicht wie andere Parteien oder Fraktionen im Wahlkampf einfach von einer Sparmaßnahme ab, denn ohne Gegenfinanzierung sind Wahlkampfversprechen nichts wert.

- 12. Der letzte Tarifabschluss der Länder wirkt sich für wenig Tarifbeschäftigte positiv aus. Der größte Teil der Tarifbeschäftigten würde bei einer Antragstellung sich schlechter stellen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben es jedoch verdient, mehr und nicht weniger Gehalt zu beziehen. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie dieser Verschlechterung wieder entgegenwirken?**

Die Grünen treten für einen attraktiven öffentlichen Dienst ein, in dem auch Tarifbeschäftigte von der wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. Dies ist bisher erreicht worden und muss auch weiterhin erreicht werden. Die Abschlüsse der letzten Jahre waren hier wichtige Meilensteine. Auch die GEW hat das Ergebnis der letzten Verhandlungsrunde in öffentlichen Stellungnahmen als vorzeigbar bezeichnet. Wir werden uns weiter für die Angleichung der Vergütung beamteter und angestellter Lehrer einsetzen.

- 13. Für viele Flüchtlinge aus allen Ländern der Welt ist Baden-Württemberg ein neues Zuhause. Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die deutsche Sprache. Lehrkräfte in den Kursen für erwachsene Flüchtlinge sind häufig prekär Beschäftigte mit befristeten Verträgen und auf Honorarbasis. Wir halten es für dringend erforderlich, dass diese Lehrtätigkeit ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis beruhen sollte. Wie setzen Sie sich hierfür ein?**

Sprache ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und für den Zugang zum Arbeitsmarkt. Die in diesem Zusammenhang angebotenen Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, finden dabei in Verantwortung des Bundes statt. Gleichzeitig hat die grün-geführte Landesregierung das Programm „Chancen gestalten – Wege der Integration in den Arbeitsmarkt öffnen“ auf den Weg gebracht, um einen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen auch solchen Geflüchteten zu ermöglichen, die keinen Zugang zu den Integrationskursen des Bundes haben. Volkshochschulen sind dabei in beiden Fällen unverzichtbare öffentlich verantwortete Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie wichtige und unabdingbare Lernorte.